

Ausbildungsmarktsituation junger Menschen mit Behinderungen

Ein zu großer Anteil von jungen Menschen mit Behinderungen ist bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz auf dem regulären Ausbildungsmarkt strukturell benachteiligt. So sind junge Menschen mit Behinderungen, die in ihrer Schulbiografie eine Förderschule besucht haben, in großen Teilen nicht mit einem qualifizierten Schulabschluss ausgestattet, was ihre Chancen zur Aufnahme eines Ausbildungsplatzes auf dem regulären Ausbildungsmarkt erheblich schwächt. Ziel muss es unserer Meinung nach sein, wie es auch die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vorgibt, zu erreichen, dass die Teilhabechancen von jungen Menschen mit Behinderungen auf dem regulären Ausbildungsmarkt erhöht werden und Maßnahmen in den Übergangsbereichen von der Schule in die Ausbildung vorwiegend die Ausnahme als die Regel bilden. Hieraus resultieren für uns die nachfolgenden Fragen an Ihre Partei:

1. Wie steht ihre Partei zu unserer Forderung nach einer Ausbildungsplatzabgabe für nicht ausbildende Betriebe und gleichzeitigen steuerlichen Vorteilen bei Erreichung der Quote?

Grundsätzlich Positiv. An dieser Stelle klafft in unserem System eine Regulierungslücke, die jahrelang nicht angegangen wurde. Es darf keine Firmen geben, die sich aus ihrer Verantwortung gegenüber den jungen Generation schleichen und nicht ausbilden. Gleichwohl darf eine Ausbildungsplatzabgabe nicht als Möglichkeit missbraucht werden, mit dem sich ein Betrieb billig freikaufen und sich somit notwendigen Änderungen verschließen kann. Weiterhin muss auf die Umstände innerhalb der Unternehmen derart Rücksicht genommen werden, dass nur ausbilden kann, wer ausbilden darf.

2. Wie steht sie dazu, Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen im privaten Sektor durch geeignete Strategien und Maßnahmen zu fördern, wozu auch Programme für positive Handlungen, Anreize und andere Schritte für die gestaltenden, Arbeit gebenden Betriebe gehören können?

Wir PIRATEN stehen für ein Umdenken im Umgang mit Menschen. Wir sind nicht nur für eine inklusive Gesellschaft, sondern stehen auch für Fördern statt Fordern. Menschen sollen motiviert werden und nicht zu gezwungen werden.

3. Wie steht Ihre Partei zur Modifikation der Arbeitsstättenverordnung, um grundlegend ein barrierefreies Arbeitsumfeld verpflichtend für Arbeitsstätten vorauszusetzen, mit dazugehörigen Förderinstrumenten zur kostenneutralen Umsetzung?

Ja, mit Augenmaß: Dort wo ein barrierefreies Arbeitsumfeld möglich ist, soll dies auch geschehen. Wir setzen uns grundsätzlich für Barrierefreiheit in allen Bereichen ein.

Hartz IV/Bildungsgeld/Kinderarmut

Kinder und Jugendliche aus Hartz IV beziehenden Familien sind im gesellschaftlichen Kontext stark überproportional von Armut bedroht. Die Kinderarmutsgefährdungsquote in der Bundesrepublik Deutschland verharrt 1 seit Jahren auf hohem Niveau von annähernd 20 Prozent.

Der Bezug von staatlichen Transferleistungen nach dem SGB II steht somit in einem direkten Zusammenhang mit reduzierten Teilhabemöglichkeiten der Kinder und Jugendlichen. Das Teilhabepaket der Bundesregierung konnte diesen Umstand bisher nur mangelhaft beseitigen. Die Leistungen des Teilhabepakets werden nur geringfügig nachgefragt. Voraussetzend, dass die Hartz IV Regelsätze sich auch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes immer noch einer einleuchtenden Transparenz entziehen und die damalige Kommission der entwerfenden Arbeitsmarktreformen im Ursprung einen Regelsatz von monatlich € 511,00 errechnete, können die Minimalaufwendungen des Bildungspaketes für keinen entsprechenden Ausgleich sorgen. Hieraus resultieren für uns die nachfolgenden Fragen an Ihre Partei:

1. Wie steht Ihre Partei zu der sehr hohen Kinderarmutsquote in dem sehr reichen Land Deutschland?

Wir halten diesen Zustand für beschämend für ein so reiches Land wie Deutschland.

2. Möchte Ihre Partei Maßnahmen einleiten, die den Umstand Kinderarmut und den damit einhergehenden schwachen Teilhabechancen der armutsgefährdeten Kinder effektiver entgegenwirkt als das derzeitig existierende Teilhabepaket?

Wir fordern die Einführung eines Kindergrundeinkommens, gefolgt von einem Bildungseinkommen, die unabhängig von den elterlichen finanziellen Verhältnissen gezahlt werden. Das Bildungseinkommen soll dabei ausreichend sein, um nach Abzug aller Kosten für die Bildung ein eigenständiges, selbstbestimmtes Leben führen zu können.

3. Wie stehen Sie zu der derzeitig existierenden Berechnung des Hartz IV Regelsatzes und sind Sie der Meinung, dass die Berechnungsgrundlage den Lebensrealitäten der beziehenden Menschen, Familien und Kindern entspricht?

Wir halten sowohl die existierenden Hartz IV-Regelsätze für alle Bezugsgruppen für zu gering, insbesondere im Bereich der Bezugshöhe für Kinder orientiert er sich nicht an der Realität. Wir halten das gesamte Hartz IV-System für eine Fehlentwicklung und wollen statt dessen ein Bedingungsloses Grundeinkommen schaffen, welches jedem Menschen aufgrund seiner Existenz genügend Mittel zum reinen Überleben in unserer Gesellschaft sicherstellt.

Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention

Die Umsetzung des Artikels 24 der UN-Behindertenrechtskonvention erfolgt in der Bundesrepublik durch die existierenden föderalen Strukturen und der somit einhergehender Länderkompetenz in Bildungsfragen auf unterschiedlichen Niveaus. So erreicht das Bundesland Niedersachsen nur eine erschreckend schwache Inklusionsquote in das Regelschulwesen von skandalösen 11 Prozent. Im Gegenzug kann Schleswig-Holstein auf eine Quote von 54 Prozent verweisen. Gesamtdeutsch ergibt sich im Durchschnitt eine Quote von 25 Prozent. Das bedeutet, dass in Deutschland 75 Prozent der Schülerinnen und Schüler nur die Sondereinrichtung Förderschule mit den dazugehörigen Nachteilen zur Verfügung gestellt wird. Hieraus resultieren verminderte Teilhabe- und Kontaktchancen im prägenden Kindes- und Jugendalter sowie reduzierte Chancen auf die Erreichung eines qualifizierenden Schulabschlusses mit den dazugehörigen Konsequenzen. Hieraus resultieren für uns die nachfolgenden Fragen an Ihre Partei:

1. Die stark unterschiedlichen Inklusionsquoten der Bundesländer in Deutschland mit den dazugehörigen Konsequenzen lassen auf stark föderal bedingte Unterschiede in den Bundesländern zu Lasten der Teilhabechancen der Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen schließen. Deswegen fragen wir Sie: Stößt das föderal geprägte Schulsystem Deutschlands in der Verteilung von Chancen und der Umsetzung des Artikels 24 der UN-Behindertenrechtskonvention Ihrer Meinung nach an seine Grenzen?

Ja, es erschwert den Schulwechsel massiv. Bildung ist nicht nur Ländersache, sondern eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft. Daher fordern wir die Aufhebung des Kooperationsverbots. Individuelle Bildungswege und Lernformen sowie selbstständiges Lernen erfordern eine Vielfalt von Unterrichtsformen und eine Abkehr von Lehrplänen hin zu klaren Lernzielen. Individuelle Schullaufbahnen, ein flexibles Kurssystem und der Einsatz von Mentoren machen das Wiederholen eines ganzen Schuljahres überflüssig. Sie erleichtern auch den Schulwechsel und Wechsel in andere Bundesländer.

2. Wie sehen Sie die eklatanten Unterschiede in der Umsetzung des Artikels 24 der UN-Behindertenrechtskonvention in den einzelnen Bundesländern?

Leider unterliegt das Bildungssystem den Ländern. Einheitliche, gleichbleibende Bildungsstandards würden Reformaten im Bereich der Bildung wesentlich vereinfachen und uns dem Ziel, hochwertiges inklusives Bildungssystem, näher bringen.

3. Sind Sie der Meinung, dass dem Bund auf dieser Grundlage mehr schulpolitische Kompetenzen übertragen werden müssten und das schulpolitische Föderalismusprinzip einer Überarbeitung bedarf?

Ja, siehe auch unsere erste Antwort zu diesem Themenkomplex.

Pflege von jungen Menschen mit Behinderungen

Nach Schätzungen der Universität Marburg gibt es in der Bundesrepublik Deutschland ungefähr 1000 Menschen, die unter dreißig Jahre alt sind und in nicht altersangemessenen Altenheimen untergebracht werden. Für die SoVD-Jugend ist diese, durch die Kommunen oftmals mit Kostenargumenten begründete Verfahrensweise, ein nicht hinzunehmender Skandal. Der Artikel 19 der UN-Behindertenrechtskonvention fordert, dass „Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt die Möglichkeit haben, ihren Aufenthaltsort zu wählen und zu entscheiden, wo und mit wem sie leben, und nicht verpflichtet sind, in besonderen Wohnformen zu leben.“ Dies bedeutet für die SoVD-Jugend, dass den betroffenen Menschen Wohnformen zur Verfügung gestellt werden, die nicht die Lebensgestaltungswünsche der jungen Menschen untergraben und ihnen ein humanes und altersentsprechendes Wohnumfeld geboten wird, Hieraus resultieren für uns die nachfolgenden Fragen an Ihre Partei:

1. Wie steht Ihre Partei zu einer Änderung der gesetzlichen Grundlagen im 8GB XI, die eine Unterbringung in nicht altersgemäßen Einrichtungen vorrangig vor Finanzvorbehalten der Kommunen unmöglich macht?

Wir PIRATEN stehen für Selbstbestimmung, auch in der Wahl des Wohn- bzw. Aufenthaltsortes. Wir unterstützen jede selbstbestimmte Unterstützungsform wie Persönliche Assistenz und

Trägerübergreifende Persönliche Budgets. Insofern ist für uns PIRATEN nicht nur die Aufhebung des Finanzierungsvorbehalts auf der Tagesordnung, sondern auch ein genereller Stopp für große Heime und der Aufbau kleiner, dezentraler Wohngruppen und selbstbestimmter Wohnformen unterstützenswert, auch bei 24-Stunden-Assistenzbedarf. Länder wie Norwegen zeigen, dass das auch ohne zusätzliche Kosten möglich ist.

2. Möchten Sie sich im Bundestag auf der Grundlage des Artikels 19 der UN-Behindertenrechtskonvention für die Umsetzung des Artikels in das deutsche Recht einsetzen?

Vollumfänglich sind wir dafür.

Die Piratenpartei bekennt sich zur inklusiven Gesellschaft - einer menschlichen, sozialen und wirtschaftlichen Gesellschaft unter uneingeschränkter Teilhabe von Menschen mit Behinderungen.

Wie bewertet Ihre Partei ein weltweites Grundeinkommen?

Ein weltweites Bedingungsloses Grundeinkommen würden wir begrüßen. Es spiegelt unsere Weltanschauung einer geeinten Welt wider, in der die Armut besiegt wurde. Daher unterstützen wir weltweit Initiativen zum BGE und setzen uns für einen intensiven Erfahrungsaustausch über Pilotprojekte und Zwischenschritte ein.